



Grußwort Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands

Unsere Arbeitsplätze, unser Planet

**Erklärung der G7 Gewerkschaften zu Klimaschutz und
gerechtem Strukturwandel**

Am 10. November 2017, 12:00-13:00 Uhr,

Klimakonferenz COP23, Deutscher Pavillon, Bonn

(Es gilt das gesprochene Wort)



Sehr geehrter Herr Staatssekretär Flasbarth,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze. So prägnant lässt sich zusammenfassen, warum sich die Gewerkschaften weltweit für den Kampf gegen den Klimawandel aussprechen.

Schon jetzt gibt es Auswirkungen auf die Wertschöpfungsketten unserer globalen Wirtschaft.

Extremwetterereignisse nehmen zu. Auch bei uns verschieben sich die Jahreszeiten und nehmen Starkregen und orkanartige Stürme zu – mit direkten Folgen für Infrastruktur und wirtschaftliche Aktivitäten. Der Kampf gegen den Klimawandel stellt uns dabei weltweit vor Herausforderungen, die wir nur gemeinsam werden lösen können.

Um den Klimawandel zu bekämpfen, ist der schrittweise Übergang in eine CO₂-neutrale Wirtschaft alternativlos. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Wandel große Chancen für neue und nachhaltige Beschäftigung mit guten Arbeitsplätzen bieten kann – wenn er entsprechend aktiv gestaltet wird. Dafür steht die Forderung der internationalen Gewerkschaften nach einer „Just Transition“, einem gerechten Strukturwandel. Auch im Pariser Klimaschutzabkommen ist diese Forderung enthalten, sie muss mit Leben gefüllt werden.

Der Begriff „Just Transition“ wird von vielen Akteuren vor allem in Bezug auf die Abfederung sozialer Härten verstanden, die durch den Klimaschutz entstehen - wie etwa wegfallende Arbeitsplätze in bestimmten Branchen. Doch dieses Verständnis greift deutlich zu kurz. Im Mittelpunkt einer gerechten Strukturentwicklung muss die Frage stehen, wie im Zuge der Dekarbonisierung Chancen für neue, hochwertige Beschäftigung und qualitatives Wachstum genutzt werden können. Aus Sicht des DGB ist es deshalb entscheidend, dass die energie- und klimapolitischen Langfristziele auch mit beschäftigungspolitischen Zielen verbunden werden.



So sollten die Staaten auch im Rahmen ihrer Klimaaktionspläne über Fortschritte bei der gerechten Strukturentwicklung berichten müssen.

Ein derart tiefgreifender Wandel kann nicht sich selbst überlassen bleiben. Im Gegenteil: Er muss von Beschäftigten, von Unternehmen und einem handlungsfähigen Staat aktiv gestaltet werden. Wir brauchen eine umfassende Investitions- und Innovationsstrategie für nachhaltige Energieversorgung und Infrastrukturen. Nachhaltiger Wohlstand und sozialer Fortschritt sind entscheidend, wenn es heißt die anstehenden Veränderungen als Vorbild zu gestalten.

Die Beschäftigten sind entscheidende Akteure auf diesem Weg, den sie durch Engagement und neue Ideen mitbestimmen. Gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind dafür eine wesentliche Voraussetzung – genauso wie die Mitbestimmung, die ein fester Bestandteil unseres deutschen Wirtschaftssystems ist.

Zu einer Just Transition gehört für uns auch, neue industrielle Perspektiven für Regionen zu entwickeln, die vom Wandel erfasst sind. Es muss darum gehen, die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Industrie zu stärken und dabei Gute Arbeit und Klimaschutz entlang der gesamten Wertschöpfungsketten zu sichern.

Hierbei sind insbesondere die großen rohstoffimportierenden Nationen in der Pflicht als Vorbild voranzugehen.

Mit der vorliegenden Erklärung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die insbesondere von den Gewerkschaften der G7-Staaten unterstützt wird, senden wir ein klares Signal. Es gibt kein Zurück, wir stehen gemeinsam hinter dem Pariser Klimaschutzabkommen. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und fordern die Regierungen zum Handeln auf:

Wir brauchen deutliche Fortschritte. Etwa bei der Bereitstellung von Geldern zur Unterstützung der am stärksten gefährdeten Länder. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die neuen Zusagen der Bundesregierung, weitere 100 Millionen Euro bereitzustellen.

Wir brauchen ambitionierte Maßnahmen, die zu mehr Investitionen in nachhaltige Energieerzeugung und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur führen.



Und wir müssen die im Paris Abkommen aufgenommene Forderung der Beschäftigten nach einem gerechten Strukturwandel und Guter Arbeit mit Leben erfüllen.

Wir sind davon überzeugt, dass der Strukturwandel dauerhaft nur dann gesellschaftliche Akzeptanz finden wird, wenn er gerecht gestaltet wird. Er muss nachvollziehbare Perspektiven für die betroffenen Branchen, Regionen und Beschäftigten aufzeigen.

Wir brauchen kluge Ideen und gute Vorbilder für nachhaltigen Wohlstand und ambitionierten Klimaschutz – hier und weltweit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Glückauf!